
Was heißt Sozialisierung?

Von
Dr. Heinrich Laufenberg

~~Auer-Bibliothek
Hamburg 1 - Pressehaus~~

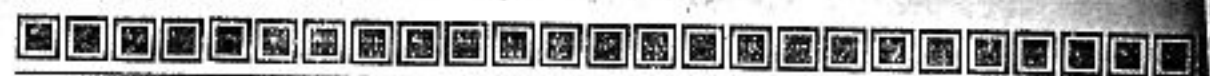
~~Eingegangen: 1946
Sachgebiet: SX 17
Nummer:~~

Alle Rechte vorbehalten.
Copyright by Willaschek & Co., Hamburg.

A 1283 / 1966

Verlag: A. Willaschek & Co., Hamburg.

Freie und Hansestadt Hamburg
Schulhofstraße 10



Weitere Schriften zur Stärkung des revolutionären Geistes

Das neue kommunistische Manifest, Moskau

mit einem Vorwort von Dr. Heinrich Laufenberg

Preis 50 Pfg., Porto

100 Expl. 36 Mk., 500 = 160 Mk., 1000 = 280 Mk.

Der Weg zum Sozialismus von Paul Frölich

Preis 40 Pfg., Porto 7¹/₂

100 Expl. 30 Mk., 1000 = 250 Mk.

Das bolschewistische Rußland von Fritz Stur

Preis 30 Pfg., Porto 5

Karl Liebknecht zum Gedächtnis

von Dr. Heinrich Laufenberg

Preis 30 Pfg., Porto 5

Partiepreise wie bei »Arbeiterklasse und Staatsgewalt«

Arbeiterklasse und Staatsgewalt

von Dr. Heinrich Laufenberg

Preis 30 Pfg., Porto 5

100 Expl. 23 Mk., 500 = 100 Mk., 1000 = 180 Mk.

Geschichte der Hamburger Arbeiterbewegung

von Dr. Heinrich Laufenberg I. Band, Halbleder gebd. 11

Auslieferung durch die

Buch- und Kunsthandlung Carl Hoy

Hamburg 11, Admiralitätstraße 19

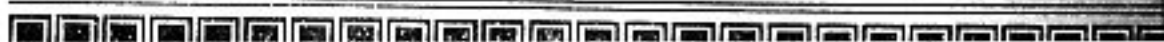
Der „Kampfruf“

Monatsschrift für kommunistische Propaganda und Aufklärung

∴ Herausgeber: Wilhelm Seitz, Emden, Mühlenstraße

Einzelpreis 40 Pfg.

Jahresabonnement M



Dr. HEINRICH LAUFENBERG

Was heißt Sozialisierung



[25.4 1919]

PREIS 50 PFENNIG

D 2
25

Verlag: WILLASCHEK & Co., HAMBURG
Erhältlich nur durch die Buchhandlung CARL HOYM,
Postfach 11, Admiralfähstraße 19 - Postscheckkonto Hamburg 24227



Auf der Konferenz der Metallarbeiter der Werftbetriebe am Freitag, den 25. April 1919 hielt der Genosse Laufenberg folgenden Vortrag über die Sozialisierung:

Genossen! Ich soll zu Ihnen sprechen über die Sozialisierung der Seeschiffswerften. Sie dürfen nun nicht erwarten, daß ich Ihnen einen Vortrag halte, wie ihn nur ein Fachmann halten könnte, der selber im Betriebe der Werften steht. Ich kann Ihnen nur eine grundsätzliche Darlegung bieten über die Frage der Sozialisierung. Es werden sich dabei allerdings auch die Gesichtspunkte ergeben, die für die Sozialisierung der Werften wesentlich in Betracht kommen.

Bevor wir an unsere Frage herantreten, werden wir uns über den Begriff Sozialisierung verständigen müssen. Denn dieser Begriff wird recht verschieden ausgelegt. Die Regierung, das Unternehmertum, die Parteien, alle deuten diesen Begriff verschieden. Die Sozialdemokratische Partei, die U. S. P. und die Kommunistische Partei verbinden damit einen anderen Inhalt. Nun ist aber der Inhalt des Begriffes nicht zufällig und willkürlich. Es liegt nicht im freien Ermessen der Arbeiterschaft, was sie sich darunter vorstellen will.

Der Inhalt des Begriffes, die Frage, ob und wie sozialisiert werden soll, hängt ab von den wirtschaftlichen und politischen Notwendigkeiten, in denen sich die Arbeiterklasse befindet.

Die innere Schuldenlast hat einen ungeheuren Umfang angenommen. Die Kriegsschulden des Reiches übersteigen 160 Milliarden. Von den Schulden der Einzelstaaten und Kommunen ganz abgesehen, ist damit aber die gesamte Schuldsumme bei weitem noch nicht erreicht. An Schatzanweisungen, also an schwebenden Reichsschuldentiteln zirkulieren 58 Milliarden. An Papiergeld sind $34\frac{1}{2}$ Milliarden im Umlauf. Die Reichslast allein übertrifft die erdrückende Riesenlast von 250 Milliarden. Dabei steigt die innere Belastung fortgesetzt. Im letzten Vierteljahr gingen für die Kriegsführung gegen den inneren und äußeren Feind $8\frac{1}{4}$ Milliarden drauf. Zu den inneren Schulden wird sich die Kriegsschädigung gesellen, die uns die Entente zweifellos auferlegt. Man spricht von 125 Milliarden. Die Entschädigung wird uns aufgeladen in ausländischer Währung, sie verdreifacht sich, da unser Geld nur noch $\frac{1}{3}$ dessen gilt, was es zu Beginn des Krieges wert war. Auf Deutschland lastet eine gewaltige Masse, ein Chimborasso von Schulden. Selbst der bürgerliche Finanzminister Schiffer hat zugestanden, daß es fraglich ist, ob Deutschland sich überhaupt je in der Lage befinden werde, diese Masse zu tilgen. In der Tat — eine kapitalistische Wirtschaft wird nie in der Lage sein, dieser Schuldenmasse Herr zu werden. Das ergibt schon die Erwägung, daß die Gesamtschuldenmasse dem Doppelten des gesamten Nationalvermögens vor dem Kriege nahekommt, das damals auf 350 Milliarden geschätzt wurde.

Die Produktion nimmt seit dem Zusammenbruch immer anarchischere Formen an. Das Unternehmertum hat ihre Wiederingangsetzung vielfach sabotiert und die Werke auch dort stillgelegt, wo die Produktion fort-

geführt werden konnte. So, um nur ein Beispiel anzuführen, die Zeppelinwerke in der Nähe von Berlin, die während des Krieges 4000 Arbeiter beschäftigten und ihre Zahl nach dem Zusammenbruch sofort auf 660 reduzierten. Wiewohl nun genügend Kohle und Aluminium vorhanden war, um den Betrieb auf andere Artikel umzustellen, legten die Unternehmer ihn still unter dem Vorgeben, es sei kein Geld vorhanden. Als aber die Arbeiter sich weigerten, den Betrieb zu verlassen, konnten sofort 800000 Mark für Löhne und Gehälter ausgekehrt werden. Solcher Fälle ließen sich viele aufzählen. Kurzsichtig genug glaubte das Unternehmertum, wenn es der Produktion Schwierigkeiten bereite, dem weiteren Vordringen der Arbeiterschaft und der drohenden Sozialisierung der Betriebe einen Riegel vorschieben zu können.

Unsere Wirtschaft wird verstümmelt, indem die feindlichen Länder uns in gewaltigem Maße zur Heirgabe von Produktionsmitteln zwingen. Den 5000 Lokomotiven und 90000 Eisenbahnwagen, dem Park landwirtschaftlicher Maschinen folgte die gesamte Handelsflotte. Die deutschen Kabel sind aufgeteilt, die gesamten Anlagen im Auslande verloren. Der Nordostsee-Kanal wird internationalisiert, das heißt er gerät unter die kapitalistische Botmäßigkeit und Ausnutzung der Entente. Der Handel bleibt unterbunden. Die Wegnahme einer ganzen Reihe wichtiger Produktionsmittel muß sich im Fortgange der Produktion aufs übelste bemerkbar machen. Zur Verstümmelung des Produktionsapparates die Verstümmelung unseres Produktionsgebietes! Mit dem Verlust von Elsaß-Lothringen entfallen drei Viertel der Rohstoffbasis unserer gesamten Eisenproduktion. Die Besetzung des linken Rheinufer nahm uns 144 von 469 Hochöfen; verlieren wir Oberschlesien, so ist ein Viertel der ganzen deutschen Kohlenproduktion, 42 Millionen Tonnen verloren. Der Verlust von Posen und der Weichselgebiete würde einen Hauptteil unserer agrarischen Basis zerstören. Die Randgebiete unseres Landes sind eben sehr wesentliche Rohstoffliefergebiete.

Die gewaltige Schuldenmasse auf der einen Seite, die Verstümmelung des gesamten Wirtschaftsprozesses auf der anderen Seite machen es unmöglich, die alte kapitalistische Wirtschaft fortzuführen. Deutschland muß sich auf ganz neue Formen der gesellschaftlichen Produktion einstellen, wenn es die Verhältnisse meistern will.

Aber die Überführung der alten in die neue Wirtschaft wird die Klassengegensätze und Klassenkämpfe ungeheuer vertiefen und verschärfen. Soll die Fortführung der Produktion auf kapitalistischer Basis vor sich gehen, dann wird und muß die kapitalistische Gesellschaft zuguterletzt versuchen, sich mit Gewalt zu behaupten und durchzusetzen.

Das Wesen der kapitalistischen Gesellschaft beruht auf dem Klassengegensatz zwischen Unternehmertum und Arbeiterschaft, auf der Ausbeutung der Arbeiterklasse. Die Demokratisierung der Gesellschaft vermindert nicht diesen Gegensatz, sondern sie verschärft ihn. Die durchgeführte demokratische Staatsform ist die eigentliche Form der kapitalistischen Gesellschaft. Wo immer man in die Geschichte und die Entwicklung der kapitalistischen Staaten hineinblickt, überall begegnet die Tatsache, daß mit der Durchführung der Demokratie die Klassenkämpfe an Schärfe und Tiefe zunehmen und wachsen. Um wie viel mehr in Zeiten der Revolution nach einem verlorenen Krieg, der die wirtschaftliche Arbeit eines Jahrhunderts vernichtet hat. Der demokratische Staat ist ein Staat wie andere, eine Zwangsorganisation, bestimmt die große Mehrheit der Bevölkerung niederzuhalten im Sinne und zum Nutzen der besitzenden Minderheit, die die Lebensquellen der Gesellschaft in Händen hält. Wie jede Staatsform auf der Tatsache ruht, daß sich in der Gesellschaft unlösliche und unüberbrückbare Gegensätze aufgetan haben, die durch Zwang und Gewalt niedergehalten werden, so auch der demokratische Staat.

Man spricht ja viel davon, es dürfe nach der Revolution keine Klassenherrschaft mehr geben, die Arbeiterklasse schlage ihren eigenen Theorien ins Gesicht, wenn sie zur Diktatur greife. Die Existenz eines jeden Staates setzt die Existenz von Klassen voraus. Niemand bestreitet, daß wir noch in einem Staate mit Klassen leben, daß der Staatsapparat ein Werkzeug der Klassen ist. Schichten, die auf gemeinsamem Boden

stehen, mögen ihn gemeinsam handhaben. Bei Klassen, zwischen denen absolute Gegensätze obwalten, ist dies unmöglich. Da gibt es nur ein Entweder-Oder. Da handelt es sich nur darum, welche Klasse den Staatsapparat handhaben soll. Kann man die Klassen aufheben, so fällt auch der staatliche Apparat. Kann man es aber nicht — und daß jedenfalls die Regierung und ihre Bourgeoisie es nicht können, bezeugt der Fortbestand der Klassen — so liegt darin der unumstößliche Beweis für die Fortdauer unlöslicher und unüberbrückbarer gesellschaftlicher Widersprüche. Es liegt darin der unumstößliche Beweis dafür, daß der Staatsapparat der Hammer ist, womit entweder die eine oder die andere Klasse die Gesellschaft in ihrem Sinne gestaltet. Es wäre gewiß sehr schön, wenn wir sofort in die staatenlose, klassenlose Gesellschaft hineingelangen könnten. Aber es gibt zu diesem Ziele nur einen Weg. Die Arbeiterklasse muß sich des staatlichen Apparates bemächtigen, ihn in ihrem Sinne handhaben, ihn diktatorisch in Wirksamkeit setzen.

Sozialisierung heißt Anwendung der öffentlichen Macht, der staatlichen Gewalt im Sinne der Arbeiterklasse gegen das Unternehmertum. Das ist der einzige Sinn, den das Wort haben kann. Und diese Machtanwendung muß um so konsequenter und um so nachdrücklicher geschehen, als die Sozialisierung der gesamten Wirtschaft zu einer baren Lebensnotwendigkeit für die Bevölkerung geworden ist, als die Arbeiterklasse sich vor die Tatsache gestellt sieht, die öffentliche Gewalt zu einer Zeit zu ergreifen und zur Umgestaltung der Gesellschaft zu verwenden, wo die Produktion belastet ist mit unerträglichen und unabträglichen Schulden, wo die Entente den Produktionsapparat in der schwersten Weise verstümmelt hat, wo der Gesamtwirtschaft die wichtigsten Rohstoffgebiete aus den Händen gewunden werden.

Sozialisierung, das ist Auseinandersetzung mit der kapitalistischen Welt in dreifacher Beziehung: Auseinandersetzung mit dem Kapitalismus als wirtschaftliches Prinzip, das die Grundlage der gesamten gesellschaftlichen Organisation bildet; Auseinandersetzung mit der Klassenherrschaft und der Diktatur des Bürgertums; Auseinandersetzung mit dem staatlichen Machtapparat und seiner Bürokratie. Sozialisierung ist Neuorganisation, ist Umformung der bestehenden Gesellschaft im Sinne der neuen, der sozialistischen Gesellschaftsprinzipien.

Genossen! Wenn ich das Wort gebraucht habe von der Diktatur der Arbeiterklasse, so weiß ich, daß ich damit eine vielfach verpönte Ansicht ausspreche. Und doch ist die Ablehnung dieser Diktatur im Grunde genommen eine durchaus anarchistische Vorstellung. Diejenigen, die da verlangen: Keine Diktatur! sind sich in ihrer überwiegenden Mehrzahl zweifellos nicht der Tatsache bewußt, daß sie sich damit theoretisch und grundsätzlich auf den Boden der anarchistischen Staats- und Wirtschaftsauffassung stellen. Auch die Anarchisten wollen von keiner politischen Herrschaft der Arbeiterklasse wissen; auch sie glauben, daß nach dem politischen Siege der Arbeiterklasse über die Bourgeoisie die Klassen verschwinden, Harmonie herrschen und die sogenannte Volksherrschaft etabliert werden könne. Gerade diese Stellung der Anarchisten zur politischen Herrschaft, zur Diktatur der Arbeiterklasse haben Marx und Engels immer wieder und bis an ihr Lebensende auf das schärfste bekämpft, weil diese anarchistische Vorstellung die Revolution nach ihrem Siege notwendig aufs schwerste gefährden muß. Nur eines kann die Wirtschaft und die Politik vor der Anarchie bewahren: Die Arbeiterdiktatur, die Durchführung des Arbeiterregiments. Freilich, von dem Augenblicke an, wo an den zentralen Stellen erklärt wurde, keine Herrschaft der Arbeiterklasse, während anarchistische und syndikalistische Strömungen von der Finanz und der Generalität absichtlich hervorgerufen und gefördert wurden und werden, mußte es zu schweren Kämpfen kommen. Wer den praktischen Anarchismus hineinträgt in die zentralen Stellen, darf sich nicht wundern, wenn er dem Anarchismus auch draußen praktisch begegnet.

Wer da sagt: Keine Herrschaft der Arbeiterklasse, der erklärt damit, daß er nicht den proletarischen, sondern den bürgerlichen Staat will. Das Schlagwort fordert in verbrämter und verschleierte Form die Rückkehr zur bürgerlichen, zur kapitalistischen Welt. Es gibt nur ein Entweder-

Oder. Der staatliche Apparat ist da, und es fragt sich nur, wer Hammer und wer Amboß sein soll. Wirkt der Staatsapparat nicht im Sinne der Arbeiter, dann wird er wirken im Sinne der Bourgeoisie, ob man will oder nicht. Die Bestätigung dieser Worte können Sie Tag für Tag an den Erscheinungen des politischen Lebens ablesen. Oder wollte jemand behaupten, daß in den letzten Wochen der staatliche Apparat gewirkt hätte im Sinne der Arbeiter und nicht im Sinne der Bourgeoisie? Das Mittel der Arbeiterklasse, um ihre Herrschaft durchzuführen und jene dreifache Auseinandersetzung mit der kapitalistischen Welt zu vollziehen, sind die Räte, wie sie aus der Revolution entsprangen und dem Produktionsprozeß selber entsprechen.

Wenn ich dies ausspreche, so bin ich mir gleichfalls bewußt, daß ich gegen eine landläufige Vorstellung verstoße, gegen die Vorstellung nämlich, zur Überführung der Wirtschaft in den Sozialismus sei die politische Demokratie das gegebene Mittel. Es besteht kein Widerspruch zwischen Rätensystem und Demokratie, denn jenes ist die notwendige Konsequenz und Fortentwicklung dieser, wenn eine sozialistische Volks- und Parlamentsmehrheit mit der Durchführung der Mehrheits Herrschaft, der Arbeiterherrschaft ernst macht. Wenn die Arbeiterschaft im Rahmen der politischen Demokratie dazu übergeht, ihre Herrschaft aufzurichten, die Machtgrundlagen der Bourgeoisie zu zerstören, die Bürokratie dem Wahlprinzip zu unterwerfen, die Expropriation der Expropriateure zu vollziehen, werden sich dann die Gegensätze nicht ungemein verschärfen? Wird dann nicht die Mehrheit des Parlaments genötigt sein, ihre Herrschaft über die bourgeoise Minderheit, ihre Diktatur klar und schroff herauszustellen? Ist dann aber noch eine gemeinsame parlamentarische Arbeit denkbar und möglich? Wird nicht das Bürgertum die Sozialisierung durch das Parlament genau so sabotieren, wie es dies außerhalb in der Wirtschaft tut? Wie aber die Herrschaft der parlamentarischen Mehrheit in die proletarische Diktatur umschlägt, so muß die parlamentarische Vertretung auf allen ihren Stufen und in allen ihren Graden in gleichem Sinne abgeändert werden, um dem neuen Regiment eine Grundlage und eine Stütze in der Bevölkerung zu geben. Die auf dem gleichen Wohnsitz, auf der politischen Gemeinde ruhende Demokratie wird unbrauchbar. Nur eines bleibt übrig: die Demokratie der produktiv Tätigen, die Demokratie auf der Grundlage der Betriebe. Wenn man den Gedanken der politischen Demokratie zu Ende denkt, wenn man sich fragt, wie sich die Dinge gestalten müssen, wenn das bürgerliche Parlament die sozialistische Umwälzung vollziehen soll, dann gelangt man notwendig zum Gedanken der Räteverfassung als der einzig praktischen Möglichkeit. Nicht um Widersprüche handelt es sich, sondern um die Fortentwicklung und Nutzbarmachung der demokratischen Idee für die politischen und wirtschaftlichen Bedürfnisse des Proletariats. Die Fortbildung der parlamentarischen Mehrheit in die proletarische Diktatur bedingt die Fortbildung der bürgerlich politischen in die Rätedemokratie.

Nun sagt man uns, namentlich in der letzten Zeit, daß die Aufgaben der Räte lediglich wirtschaftliche seien, daß sie sich nicht in die Politik hineinzumischen hätten. Die Gedanken, die ich entwickelt habe, zeigen, daß eine solche Auffassung dem Zwecke und dem Sinne des Rätensystems widerstreitet. Das Rätensystem besteht als ein politisches System, oder es besteht überhaupt nicht. Ein unpolitisches Rätensystem wäre nicht nur ein Widerspruch in sich selbst, es ist völlig unmöglich. Um dies zu erkennen, braucht man nur zu fragen, wozu die Räte da sind, auch nach der Meinung derer, die ihnen keine politischen Aufgaben zuerkennen wollen. Auch nach deren Meinung sollen die Räte bei der Sozialisierung mitwirken und sie durchführen. Sozialisierung aber heißt Auseinandersetzung mit der Klassenmacht der Bourgeoisie, heißt Auseinandersetzung mit den wirtschaftlichen Grundlagen des Kapitalismus und der staatlichen Bürokratie, heißt Aufrichtung einer neuen, sozialistischen Gesellschaftsordnung. Ist eine politischere Aufgabe denn diese denkbar? Ist es nicht die brennendste Aufgabe des Staates in der Gegenwart? Und kann man diese sogenannten unpolitischen Räte an dieser brennendsten und größten politischen Aufgabe beteiligen ohne sie bis in den tiefsten Kern zu politisieren? Können sie überhaupt diese Aufgabe anders lösen als mit politischen Mitteln?

Als politisches System sind die Räte aus der Revolution hervorgegangen, wie sich klar und deutlich aus der Stellung des Berliner Vollzugsrates, und aus den Verfügungen ergibt, die er unmittelbar nach der Revolution erlassen hat. Der Berliner Vollzugsrat war Träger der politischen Gewalt des Reiches, wie noch eine Verständigung ausdrücklich besagt, die zwischen dem Vollzugsrat und dem von diesem berufenen Rat der Volksbeauftragten am 14. November erzielt wurde. Ferner lautet der erste Satz einer Verfügung des Vollzugsrates vom 11. November über die Tätigkeit der Behörden:

„Alle kommunalen, Landes-, Reichs- und Militärbehörden setzen ihre Tätigkeit fort. Alle Anordnungen dieser Behörden erfolgen im Auftrage des Vollzugsrates des A.- und S.-Rates. Jedermann hat den Anordnungen dieser Behörden Folge zu leisten.“

Am 16. November regelte der Vollzugsrat die Befugnisse der A.- und S.-Räte im Reich. Die Amtsführung der Regierungspräsidenten und Landräte sollte unter schärfster Kontrolle der A.- u. S.-Räte erfolgen.

„Alle Landräte und sonstigen Beamten, die ihre Amtstätigkeit nach dem alten System fortsetzen oder gegenrevolutionäre Bestrebungen zeigen oder unterstützen, sind durch den zuständigen Arbeiter- und Soldatenrat unverzüglich abzusetzen.“

Zweifellos eine Fülle politischer Machtvollkommenheiten, die hier den Räten übertragen werden. Über die staatsrechtliche Stellung der A.- und S.-Räte heißt es in jener zwischen Vollzugsrat und Volksbeauftragten getroffenen Vereinbarung: „Die politische Macht liegt somit in den Händen der A.- und S.-Räte der deutschen sozialistischen Republik. Ihre Aufgabe ist, die Errungenschaften der Revolution zu behaupten und auszubauen, sowie die Gegenrevolution niederzuhalten.“ Wie die politische Macht des Vollzugsrates blieb auch die politische Macht der A.- und S.-Räte für eine Reihe von Wochen unbestritten. Erst nach dem ersten Räte-Kongreß, der dem Vollzugsrat die politische Macht nahm, um sie an die Volksbeauftragten zu übertragen, ging die Reichsregierung, die Koalitionsregierung dazu über, die politische Kompetenz der Räte zu bestreiten, bis sie nach dem Zusammentritt der Nationalversammlung sie völlig zu beseitigen unternahm. An der politischen Macht der Räte im Anfange der Revolution war nicht zu zweifeln.

Sozialisierung ist Auseinandersetzung mit dem Unternehmertum als kapitalistische Klasse. Nun wird verlangt, daß die Sozialisierung vor sich gehen soll mittels Entschädigung. In den im Auftrage der Regierung verbreiteten Schriften, wird voller Entschädigung der Unternehmer das Wort geredet. So heißt es in der Schrift von Kranold: „Sozialisierungsfragen“:

„Vorläufig, d. h. bis zur Durchführung der allgemeinen Enterbung des Nachwuchses, wird sich die Sozialisierung vielmehr auf einzelne staatliche Enteignungsaktionen beschränken unter Gewährung voller Entschädigung an die Enteigneten, und diese Enteignung wird ihre Objekte wieder nach ganz besonderen Grundsätzen auszuwählen haben.“

An einer anderen Stelle derselben Schrift wird noch deutlicher gesagt: „Denn zunächst wird es niemandem einfallen, die Sozialisierung der wichtigsten Volkswirtschaftszweige ohne Entschädigung für die wohl-erworbenen Rechte der bisherigen Besitzer durchzuführen. Vielmehr wird den Besitzern der fortzunehmenden Dinge und Rechte dafür in Form von Rentenansprüchen an die staatliche Gemeinschaft Entschädigung zuzubilligen sein. In dieser Beziehung unterscheidet sich der sozialistische Staat sehr zu seinem Vorteil vom kapitalistischen System. Im System des Kapitalismus wurde oft genug der Schwächere vom Stärkeren niedergekämpft, und ihm wurde alles genommen, was er hatte. Aber niemand fiel es ein, ihn dafür zu entschädigen. Nie ist es einem Trustmagnaten in den Sinn gekommen, er sei verpflichtet, den Außen-seiter, den er niederkonkurriert hatte, schadlos zu halten“. Die Sozialisierung dürfe sich nicht in eine Konfiskation verwandeln.“

Daß diese Auffassung sich mit der Auffassung der Reichsregierung deckte, geht aus einer Äußerung des Finanzministers Simon hervor: „Wir denken garnicht an Gewaltmaßregeln. In Betracht kommt nur die Entschädigung.“ Bei jedem Unternehmer sei die Entschädigung

von Fall zu Fall festzusetzen, die nötigen Geldmittel durch eine Nationalisierungsanleihe zu beschaffen.

Die eingangs genannten Zahlen, die Tatsache der gewaltigen nationalen Verschuldung würde die Aufnahme größerer Anleihen zur Entschädigung von Kapitalisten unmöglich machen, wenn es nicht schon an sich ein Unding wäre, denen, die bisher Millionen aus ihren Betrieben herausgewirtschaftet haben, auch noch nach Millionen zählende Entschädigungen auszukehren. Das Unternehmertum besitzt keinerlei Recht auf Entschädigung. Was gibt denn seinen Betrieben ihren Wert? Was anders als die Arbeitskraft! Ohne diese sind sie totes Material. Kohle hat an sich keinen Wert. Ihr Wert besteht in der Arbeitskraft, die sie aus dem Bergwerk herausholt und dem Produktionsprozeß einverleibt. Wenn aber die Arbeitskraft allein den Dingen Wert leiht, was berechtigt dann das Unternehmertum und namentlich das Großunternehmertum zur Besteuerung der Arbeitskraft zwecks Entschädigung? Es wird behauptet, und die Behauptung trifft zu, daß die Arbeit allein Deutschland wieder aufzurichten vermöge. Daraus folgt, daß zwar das Unternehmertum entbehrlich ist, nicht aber die Arbeiterklasse. Woraus also leitet das Unternehmertum Ansprüche auf Entschädigung her?

Ich deutete schon an, daß die Profite, die das Unternehmertum gemacht hat, zum Teil ganz gewaltige sind. Im Laufe der Jahrzehnte hat es vielfach den vielfachen Wert seiner Anlagen herausgewirtschaftet, sodaß also auch von diesem Gesichtspunkte aus eine Entschädigung nicht in Frage kommen kann. Der Berliner Professor Ballod hat in einer unlängst wieder neu herausgegebenen Schrift sich für Entschädigung ausgesprochen, damit bei der Durchführung des Sozialismus möglichst geringe Reibungen entstehen. Wenn wir im Gelde schwimmen würden und reichliche Mittel im Überfluß zur Verfügung ständen, ließe sich schließlich diesem politischen Gesichtspunkte einiges Gewicht beimessen. Könnten wir den Bürgerkrieg vermeiden, indem wir die Bourgeoisie auf Schiffe setzten und mit einigen Milliarden nach Afrika spедиerten, wer würde es nicht tun? Aber es ist absolut unmöglich, angesichts der ungeheuren Schulden, innere Anleihen aufzunehmen, um das Unternehmertum zu entschädigen. Hué hat vor einiger Zeit versucht, zahlenmäßig zu berechnen, wie hoch die in Frage kommenden Entschädigungssummen wohl sein würden. Er kam aber zu solchen Milliardensummen, daß er seine Darlegung mit dem Stoßseufzer schließt, es brauche das Volk ja nicht volle Entschädigung zu gewähren. Zu der Unmöglichkeit, innere Anleihen aufzunehmen, kommt noch die weitere, daß wir, um die im Laufe des Krieges zerstörten Produktionsmittel und Umsatzbestände zu ersetzen, nach der Berechnung eines in diesen Dingen zuverlässigen Mannes wie Walter Rathenau bis zu 15 Milliarden benötigen. Da aber unsere Valuta überaus niedrig steht, muß nicht nur alles, was wir kaufen, mit ungeheuren Preisaufschlägen bezahlt werden, es wirkt auch eine schlechte Valuta bekanntlich wie ein hoher Schutzzoll. Unter solchen Umständen dem Großkapital noch Milliarden an die Hand zu geben, um es zu entschädigen, ist eine schreiende Ungerechtigkeit und eine absolute Unmöglichkeit zugleich. An die Gewährung von Entschädigungen kann nur da gedacht werden, wo es sich um Unternehmer handelt, die gesellschaftlich notwendige Arbeit leisten, für die der Betrieb ein für den eigenen Unterhalt erforderliches Arbeitsinstrument darstellt, deren Existenz sich der Existenz des Arbeiters nähert.

Weiter kommt bei der Sozialisierung in Betracht die Frage des Staatsbetriebs. Viele behaupten, und auch in den im Auftrage der Regierung verbreiteten Schriften findet sich diese Behauptung, daß die Nationalisierung eines Produktionszweiges einer Sozialisierung gleich oder doch nahe komme. Diese Behauptung ist nur unter bestimmten Voraussetzungen und mit bestimmten Einschränkungen richtig. Denn die Nationalisierung von Produktionszweigen kann sich für die Unternehmer zu einem sehr guten Geschäft gestalten. Die Ablösung des Aktienbesitzes durch Rentepapiere, wie sie befürwortet wird, gewährt dem Unternehmertum eine sichere Einnahme in Zeiten, wo es vielfach mit Verlust wirtschaftet und die kapitalistische Rentabilität durch die sozialistische abgelöst wird. Zugleich

bleibt der Einfluß der Bourgeoisie auf die Produktion erhalten und wird aufs neue gesichert. Die staatliche Form des Betriebes, der Staatskapitalismus ist schließlich ebensowohl ein Mittel der wirtschaftlichen Herrschaft einer Klasse, wie es die Kartelle, Syndikate und Trusts gewesen sind. Staatskapitalismus und Sozialismus sind nimmelweit entfernte Dinge. Wie man früher die Kartelle objektiven Sozialismus genannt hat, so heute den Staatskapitalismus. Auch in der staatlichen Form der Wirtschaft, und hier erst recht, entscheidet der Umstand, wer den Apparat beherrscht. Bleibt der staatliche Apparat in den Händen der Bourgeoisie, dann kann auch der Staatsbetrieb nur eine andere Form des Kapitalismus sein. Wie wenig Staatskapitalismus und Sozialismus miteinander zu tun haben, zeigt sich ja handgreiflich in den bisherigen Staatsbetrieben, bei Eisenbahn, Post, Telegraphie u. s. w.

Auf die Auffassung, die selbst in den Kriegsgesellschaften objektiven Sozialismus erblickt, will ich nicht näher eingehen. Die Kriegsgesellschaften sind Formen kapitalistischer Wirtschaft und nichts anderes. Für sie gilt, wenn auch mit gewissen Abweichungen, was über den Staatskapitalismus gesagt wurde.

Nun haben die Vertreter der Gewerkschaften versucht, einen neuen Weg und eine neue Form der Sozialisierung zu finden. Wie die drei vorher entwickelten Formen, soll auch diese Sozialisierung mit dem Unternehmertum durchgeführt werden. Es hat sich eine kapitalistisch-gewerkschaftliche Arbeitsgemeinschaft gebildet, und das zwischen der Generalkommission der Gewerkschaften und den Vertretern der Schwerindustrie geschlossene Kompromiß ist ja für die Politik unserer Regierung von größter Bedeutung geworden. Der grundlegende Paragraph der getroffenen Vereinbarungen hat folgenden Wortlaut:

„Die Arbeitsgemeinschaft bezweckt die gemeinsame Lösung aller die Industrie und das Gewerbe Deutschlands berührenden wirtschaftlichen und sozialen Fragen, sowie aller sie betreffenden Gesetzgebungs- und Verwaltungsangelegenheiten.“

Schon während des Krieges versuchten die Vertreter der Gewerkschaften und der alten Partei, zusammen mit einer Reihe von Vertretern der Bourgeoisie, eine Arbeitsgemeinschaft der Klassen zu bilden. Aus diesen Bestrebungen ging hervor der „Volksbund für Freiheit und Vaterland“, der es aber während des Krieges zu keinem größeren Einfluß gebracht hat. Als dann der Zusammenbruch sicher bevorstand, ging die Anregung zur Bildung einer solchen Arbeitsgemeinschaft von den Schwerindustriellen aus. Am 9. Oktober 1918 erhielt Hugo Stinnes von dem Zechenverband den Auftrag, mit den Gewerkschaften zwecks Gründung einer Arbeitsgemeinschaft in Verhandlungen zu treten. Welcher Zweck damit verfolgt wurde, das hat der Sekretär des „Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustriellen“ Dr. Reichert in einem am 30. Dezember 1918 in Essen gehaltenen Vortrage ausgesprochen. Da sagte er wörtlich:

„Tatsächlich war die Lage schon in den ersten Oktobertagen klar. Es kam darauf an: Wie kann man die Industrie retten? Wie kann man auch das Unternehmertum vor der drohenden, über alle Wirtschaftszweige hinwegfegenden Sozialisierung, der Verstaatlichung und der nahen Revolution bewahren?“

Es war also im Sinne der Unternehmer die Arbeitsgemeinschaft eine Rückversicherung gegen die Revolution, gegen die drohende Verstaatlichung und Sozialisierung. Die Regierung des Prinzen Max von Baden, so sagt Herr Dr. Reichert, bildete für die Unternehmer keine Stütze, da sich voraussehen ließ, daß sie wegen ihrer Schwäche bald gestürzt werden würde. Einen überwiegenden Einfluß besaß nur die organisierte Arbeiterschaft, und die Industriellen folgerten daraus, daß bei der allgemeinen Unsicherheit für die Industrie nur auf Seiten der Arbeiterschaft und zwar bei den Gewerkschaften starke Bundesgenossen zu finden wären. Ihre Hoffnung und Berechnung trug sie nicht. Aus der getroffenen Vereinbarung ging zunächst das Demobilmachungsamt hervor. Am 6. November 1918 wurden die Unternehmer bei der Regierung vorstellig und verlangten die Schaffung eines solchen, wobei sie sogleich den ihnen passenden Mann, Herrn Dr. Köth, als Leiter präsentierten. Die Verhandlungen wurden dann

Die Kartelle sind ein Mittel der Bourgeoisie - Staatskapitalismus

am 15. November 1918 abgeschlossen, also sechs Tage nach der Revolution, die der Arbeiterschaft die volle politische Gewalt in die Hände legte.

Die Abmachungen hatten folgenden Inhalt: Die Gewerkschaften wurden anerkannt, die Koalitionsfreiheit wurde gesichert und das Verhältnis der Unternehmer zu den gelben Werkvereinen geregelt. Diese sollten nicht mehr unterstützt werden, sondern sich selbst helfen. Herr Dr. Reichert sagt darüber: „Ein weiterer Punkt ist die „Preisgabe“ der gelben Werkvereine, ein Punkt, weswegen das Abkommen von vielen Arbeitgeberverbänden angefochten worden ist. Es ist nicht ein Fallenlassen der Gelben, sondern es bedeutet die Einräumung einer Karenzzeit, innerhalb der die Gelben ihre Existenzberechtigung beweisen sollen, worauf dann auch die gelben Arbeitervereine als berechtigte Vertretungen der Arbeiterschaft auftreten können.“

Der vierte Punkt bezog sich auf die Wiedereinstellung der Kriegsteilnehmer. Der fünfte Punkt betraf die Schaffung paritätischer Arbeitsnachweise. Dann folgen Abmachungen über die Kollektivverträge, Arbeiterausschüsse, Einigungsämter und Schlichtungsausschüsse. Zuletzt kommt der Achtstundentag. Darüber sagt dann Dr. Reichert:

„Der Achtstundentag ist eine der ältesten Forderungen der organisierten Arbeiter. Ferner war bei einer Revolutionsregierung, die lediglich aus Arbeiterköpfen besteht, zu befürchten, daß mangels des Entgegenkommens der Unternehmer der Achtstundentag Gesetz werde. Zweifellos ist freiwillig gewährt doppelt soviel wert, als wenn man es auf ein Zwangsgesetz ankommen läßt.“

Weiter meint er, daß der Achtstundentag wohl nur eine vorübergehende Erscheinung sein würde. Wenn die Entente ihn nicht einführe, würden auch die deutschen Unternehmer ihn fallen lassen.

Die Arbeitsgemeinschaft ruht auf paritätischer Grundlage. Die Besetzung der Fachgruppen soll eine paritätische sein; aber Dr. Reichert meint, selbst dort, wo es wenig christliche Arbeiter gebe, werde es gelingen, wenigstens einen dieser Vertreter auf die Seite der Unternehmer zu ziehen und diesen damit das Übergewicht in der Arbeitsgemeinschaft zu sichern. Das Unternehmertum spekuliert also auf die gewerkschaftliche Uneinigkeit der Arbeiterschaft und glaubt, darauf die Fortdauer seiner Herrschaft über die Produktion gründen zu können. Der Zentralausschuß entscheidet über die sich ergebenden grundsätzlichen Fragen. Er schlichtet die Streitigkeiten, die mehrere Berufsgruppen zugleich betreffen. Über den Aufbau der künftigen Industrieorganisation heißt es in dem Vortrage:

„Die in den einzelnen deutschen Revieren vorhandenen Unternehmerverbände bilden zusammen mit den Verbänden der Arbeiter und Angestellten ihre Arbeitsgemeinschaft, die nach der Satzung als Untergruppe fungiert. Die Arbeitsgemeinschaft z. B. des Ruhrkohlenbergbaues tritt mit der Arbeitsgemeinschaft des oberschlesischen Steinkohlenbergbaues, mit der des Saarreviers und von Sachsen zusammen, und diese drei Bezirksarbeitsgemeinschaften bilden dann die Reichsarbeitsgemeinschaft oder die Fachgruppe des deutschen Steinkohlenbergbaues. Wahrscheinlich kommt der Erzbergbau und der Kalibergbau dazu, sodaß womöglich der ganze Bergbau eine Fachgruppe bildet. In derselben Weise soll sich von Industriezweig zu Industriezweig die Gründung der Arbeitsgemeinschaften vollziehen. Die Reichsarbeitsgemeinschaften bilden ihrerseits mit ihren Delegierten den Zentralausschuß. Dieses Parlament entsendet in den Zentralvorstand vierundzwanzig Männer, welche die Spitze bilden. So schaffen wir im Ausbau gewissermaßen eine Pyramide, beiderseits von unten bis oben paritätisch zusammengesetzt. Der Unternehmerteil der Pyramide würde etwa eine Körperschaft ausmachen, die dem jetzigen deutschen Industrierat einschließlich der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände entsprechen würde. Der andere Teil umfaßt sämtliche Organisationen der Arbeitnehmerschaft.“

Die Organisationsvertreter, die wenige Tage nach der Revolution, die die politische Macht in die Hände der Arbeiter legte, diese Arbeitsgemeinschaft schlossen, waren darüber gewiß nicht im Unklaren, daß sie den schlimmsten Feinden der Revolution den Rücken stärkten, daß sie den Boden bereiteten, um der Arbeiterklasse die errundene Position aus den

Händen zu winden. Mitten im Siege der Arbeiterklasse gaben die Führer der Gewerkschaften den Sieg preis für ein Linsengericht von Forderungen, die nach der Revolution Selbstverständlichkeiten geworden waren. Und nicht einmal das Selbstverständliche verstanden sie durchzusetzen, wie die Vereinbarung über die Gelben beweist.

Und die Unternehmer wußten die neue Lage trefflich auszunutzen. Das zeigt eine Reihe von Erlassen der Regierung. Nur einer sei hervorgehoben: Nach einer dem Gesamtverbande deutscher Metallindustrieller erteilten Information entspricht es der Verordnung des Arbeitsamtes vom 23. Dezember 1918 nicht, daß den Arbeiterausschüssen dauernde Büros in den Betrieben eingeräumt werden; es soll vielmehr dem Bestreben der Arbeiterausschüsse, möglichst häufig zu tagen, entgegengewirkt werden. Es wird ferner in jener Information gesagt, daß dem Ausschuss eine Mitwirkung bei der technischen Leitung des Unternehmens nicht zustehe und ihm politische Befugnisse nicht übertragen sind. Bei der Regelung der Lohnverhältnisse wirkt er nur in soweit mit, als sie die Aufstellung allgemeiner, für den Inhalt der einzelnen Arbeitsverträge maßgebender Grundsätze betrifft. Selbst den alten Betriebsausschüssen werden mithin die Krallen gestutzt und die Flügel beschnitten, von den Räten ganz zu schweigen, die die Regierung vollends zu beseitigen suchte.

Die neue grosse Welle revolutionärer Streiks aus den Märzwochen zwang die Regierung zu Nachgiebigkeit. Sie sagte zu, die Betriebsräte sollten erhalten und in der Verfassung „verankert“ werden. Zugleich aber hielt sie an dem Kompromiß zwischen Unternehmern und Gewerkschaften fest, das ja der Koalition der alten Partei mit der Bourgeoisie entsprach, an jener Arbeitsgemeinschaft, wie sie zwischen Unternehmern und Gewerkschaften vereinbart worden war. Es heißt in dem Erlaß der Regierung vom 7. März:

„Die Arbeiterräte werden als wirtschaftliche Interessenvertretung grundsätzlich anerkannt und in der Verfassung verankert. Ihre Abgrenzung, Wahl und Aufgaben werden durch ein sofort zu veranlassendes, besonderes Gesetz geregelt.

Für die einzelnen Betriebe sind Betriebs-, Arbeiter- und Angestelltenräte zu wählen, die bei der Regelung der allgemeinen Arbeitsverhältnisse gleichberechtigt mitzuwirken haben.

Zur Kontrolle und Regelung der Produktions- und Warenverteilung werden für alle Industrie- und Gewerbszweige Arbeitsgemeinschaften gewählt, in denen die Unternehmer und Betriebsleiter, Arbeiter und Angestellten und die Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Organisationen mitwirken.“

In den Betrieben verbleiben also die Räte zur Vertretung wirtschaftlicher Interessen. Wo die Politik beginnt, setzen die Arbeitsgemeinschaften ein, in denen die Unternehmer zu dominieren hoffen. Den Räten wird eine ähnlich untergeordnete und geduldete Rolle zugewiesen, wie sie sonst die Gewerkschaften spielten, von denen die Unternehmer auch in den Betrieben Unterstützung erwarten. Zu merkwürdigen Konsequenzen führte in der Tat der Versuch, die Sozialisierung mit dem Unternehmertum durchzuführen, statt gegen das Unternehmertum.

Die Sozialisierung der Betriebe geht aus von den Räten. Sozialisierung von Einzelbetrieben ist natürlich nicht möglich. Es sind ja auch hierzulande solche Versuche vorgekommen, so ein besonders auffälliger in Braunschweig. Dort haben die Arbeiter einer Eisenbahnsignalbauanstalt bestimmt, daß der Betriebsrat entscheiden solle über die aus dem Betriebe sich ergebenden Überschüsse. »Die Kapitalgeber haben lediglich Anspruch auf eine entsprechende Verzinsung ihres Anlagekapitals und einen Risikozuschlag. Die sich weiter ergebenden Betriebsüberschüsse werden im Interesse der Angestellten und Arbeiter verwendet.« Es ist sicherlich eine sonderbare Art von Sozialisierung, die dem Unternehmer außer dem Kapitalzins noch seinen sogenannten Risikozuschlag, die ihm seinen ganzen Profit garantiert. Hinter der Auffassung, daß die Überschüsse im Interesse der Arbeiterschaft des Betriebes zu verwenden seien, spukt die Idee vom Rechte auf den vollen Arbeitsertrag. Auch in der sozialistischen Gesellschaft gibt es kein solches Recht. Denn vom Arbeitsertrage der Gesellschaft muß vorweg genommen werden, was der Erneuerung der Produktionsmittel und der Erweiterung der Produktion dient; es muß daraus

bestritten werden die Unkost der Schulen, Krankenhäuser und anderen Kulturanstalten, der Unterhalt der Alten, Kranken und Invaliden und viele andere Dinge mehr. Der Auffassung, als ob die Arbeiterschaft der einzelnen Betriebe sich schlechtweg an die Stelle der Unternehmer setzen und über die Erträgnisse der Betriebe im eigenen Interesse kurzerhand verfügen könne, muß von Anbeginn nachdrücklich entgegen getreten werden.

Sozialisieren heißt Überführung der Betriebe in das Gesamteigentum der ganzen Gesellschaft. Die Gesamtheit ist Besitzer. Die Arbeiter der Betriebe bilden Produktionsgenossenschaften, produzierende Einheiten im Erzeugungsprozeß der Gesamtheit, keine Produktivgenossenschaften, die die Arbeiterschaft des Betriebs zugleich zu dessen Besitzer machen. Auch diesem Gedanken muß bestimmt begegnet werden, als ob die Arbeiterschaft der Betriebe sich zusammenschließen dürfe zu Produktivgenossenschaften, um nun von dieser Basis aus den Konkurrenzkampf mit den anderen Genossenschaften der Gesellschaft neu zu beginnen. Es würde am Wesen der kapitalistischen Gesellschaft grundsätzlich nichts ändern, wenn Produktivgenossenschaften der Arbeiterschaft statt der Unternehmer Träger des Konkurrenzkampfes auf dem Warenmarkte würden. Der kapitalistische Konkurrenzkampf selber muß verschwinden. Die sozialisierte Industrie eines Landes ordnet sich nach zwei großen Gesichtspunkten. Einmal schließen sich als Betriebs- und Produktionseinheiten die einzelnen Industrien zusammen, die Gewerbe, Fachgruppen für das ganze Land sind. Neben ihnen stehen die Industrien mit lokaler Struktur, die Ortsgewerbe, die eine andere Organisation erfordern als jene. Landesgewerbe auf der einen, Ortsgewerbe auf der anderen Seite als produktive Wirtschaftseinheiten zusammengeschlossen, daneben von dem gleichen organisatorischen Grundgedanken ausgehend und auf ihm ruhend, die örtliche und zwischenörtliche Verteilung, der örtliche und zwischenörtliche Verkehr, die Bewirtschaftung der kommunalen und interkommunalen Nutz- und Kulturgüter. Wirkliche Sozialisierung kann nur nach großen Gedanken und in großem Ausmaß Platz greifen, nicht in der Enge eines einzelnen Betriebs, eines kleinen Wirtschaftsgebiets und selbst eines einzelnen Produktionszweigs. Wenn von der Sozialisierung einzelner Produktionszweige die Rede ist, nun der Sprachgebrauch ist ungenau. Man kann beispielsweise wohl eine Reihe revolutionärer Eingriffe in die Wirtschaft der Werften vornehmen; solche Eingriffe sind höchst wichtig und notwendig, um die Funktionen des Unternehmertums auszuschalten. Aber die Sozialisierung eines einzelnen Produktionszweiges führt in diesem niemals und kann in ihm nicht führen zum wirklichen und vollen Sozialismus. Das muß man festhalten. Die Durchführung des Sozialismus bedingt die Umstellung der ganzen Gesellschaftswirtschaft, und hat eben, wenn sie Wirklichkeit werden soll, auch die volle Umwälzung der ganzen Wirtschaft zur Voraussetzung.

Das Mittel, jene revolutionären Eingriffe in das kapitalistische Eigentum vorzunehmen, die im Fortgange der Entwicklung zum Sozialismus führen, sind die Räte. Das Räte-system in den Betrieben und in den einzelnen Industriezweigen muß daher straff und scharf durchgeführt werden. Räte der Werkstätten, Räte des Betriebs, Räte des Bezirks, Räte der Industrie: so verläuft die Stufenleiter der Organisation. Und diese Ordnung und Verfassung der Räte in den Fachgruppen der Industrie muß unmittelbar eine Gegenorganisation gegen jene Arbeitsgemeinschaften darstellen, die zwischen Unternehmern und Gewerkschaften vereinbart sind.

Die Aufgaben der Räte in den einzelnen Betrieben sind im wesentlichen folgende. Sie haben sich allen Erscheinungen reaktionärer Natur entgegenzustemmen, die den Einfluß der revolutionären Arbeiterschichten zurückdämmen sollen, vor allem also beispielsweise den Fabrikausschüssen, die die Stellung des Unternehmers zwar praktisch einschränken mögen, aber die prinzipielle Anerkennung der Unternehmerstellung zur Voraussetzung haben. Der Aufgabenkreis der Fabrikausschüsse nach der Auffassung der Regierung und der Aufgabenkreis eines Arbeiterrates vereinbaren sich daher in keiner Weise mit einander. Der Aufgabenkreis der Arbeiterräte geht grundsätzlich sehr viel weiter als der Aufgabenkreis jener Fabrikausschüsse. Würden die Arbeiterräte jemals auf das Niveau jener Arbeiterausschüsse herabgedrückt werden, dann wäre es um die Sozialisierung der Betriebe

endgültig geschehen. Ähnliches gilt von den Schlichtungsausschüssen, denen gegenüber die Räte gleichfalls einzugreifen und sich Geltung zu verschaffen haben. Den Arbeiterräten obliegt ferner die Leitung aller wirtschaftlichen und politischen Unternehmungen der Arbeiterschaft, wie Lohnbewegungen, Streiks, Demonstrationen und dergleichen. Es kann keine Rede davon sein, daß, wie Regierung und Generalkommission wollen, zur Vertretung der Arbeiterschaft gegenüber dem Unternehmertum allein die Gewerkschaften berufen seien. Auf das Verhältnis zwischen Räten und Gewerkschaften will ich im einzelnen nicht eingehen. Aber in den Vordergrund will ich stellen, daß das Räte-system die vollberechtigte Vertretung der Arbeiterschaft ist, daß die Gewerkschaft sich in das Räte-system auflösen muß, wie seinerzeit die lokale Zunftgruppe aufging im nationalen Berufsverband, und daß, wenn die Räte ihre Aufgabe erfüllen und bei der Sozialisierung mitwirken sollen, sie sich aus der Führung nicht ausschalten und verdrängen lassen können und dürfen.

Die Räte müssen versuchen, mit den kaufmännischen und technischen Angestellten der Betriebe in ein nahe Einvernehmen zu kommen. Die Fragen der technischen Leitung des Betriebes, der kaufmännischen Orientierung, sind von größter Bedeutung. Es ist keinesfalls gleichgültig, ob es dem Unternehmertum gelingt, die technischen und kaufmännischen Angestellten auf seine Seite zu ziehen. Bei der Sozialisierung einer Industrie spielen die Gruppen der Angestellten eine höchst bedeutsame Rolle. Es kann daher nicht nachdrücklich genug gesagt werden, wie es wünschenswert und notwendig ist, daß die Arbeiterräte mit den Angestellten der Betriebe ein enges Einvernehmen herstellen.

Aufgabe der Räte ist die Ausschaltung und Beseitigung der Funktionen des Kapitalisten. Von einzelnen Seiten wird befürwortet, die Räte sollten sich auf eine bloße Kontrolle der Betriebe nach der sozialen, technischen und kaufmännischen Seite beschränken. Bloße Kontrolle nach der sozialen Seite, die aber das Unternehmertum im übrigen in seinen Funktionen beläßt, bloße Kontrolle, auch nach der technischen und kaufmännischen Seite, kann keinesfalls auf die Dauer genügen. Mehr und mehr müssen die Räte die ganze Verwaltung der Betriebe in die Hand nehmen, und dieses Ziel wird völlig erreichbar und durchführbar sein, wenn es die Räte verstehen, mit den technischen und kaufmännischen Angestellten der Betriebe Hand in Hand zu arbeiten. Ich denke dabei nicht an die Tantiemenschlucker, jene, die bisher das alter ego der Unternehmer waren. Die überwiegende Mehrzahl der Betriebsbeamten steht mit der Arbeiterklasse auf dem gleichen Boden; Proletarier, wie sie sind, haben sie mit der Arbeiterklasse gleichgerichtete Interessen, und es müßte sonderbar zugehen, wenn sie nicht zu überzeugen und nicht heranzuziehen wären, um die Sozialisierung der Betriebe in Angriff zu nehmen und durchzuführen.

Beseitigung der Funktionen des Kapitalisten, nach allen ihren Beziehungen — darauf ist die Tätigkeit der Räte gerichtet. Die Kommunistische Partei Deutschlands erläuterte auf ihrem ersten Parteitage die Aufgaben der Räte in folgenden Sätzen:

„In allen Zweigen der Industrie und des Handels sind von den Arbeitern und Angestellten Betriebsräte zu wählen, die für den Betrieb in allen Angelegenheiten, die das Arbeitsverhältnis des Arbeiters und der Angestellten zum Unternehmer betreffen, selbständig nach Anhören des Unternehmers entscheiden. Der Betriebsrat übt die Kontrolle über den Produktions- und Geschäftsbetrieb des Unternehmers aus. Es steht ihm jederzeit der Einblick in die Geschäftsbücher, Kalkulationen und Personalakten des Unternehmers zu. Den Mitgliedern des Betriebsrates ist für die versäumten Arbeitsstunden vom Unternehmer eine Entschädigung in der festgesetzten Lohnhöhe zu zahlen. Ferner ist dem Betriebsrate im Betriebe für seine Funktionen ein Büro mit den erforderlichen Utensilien einzurichten, ebenso sind den Mitgliedern des Betriebsrates alle Ausgaben, die sie infolge ihrer Funktion als Betriebsrat haben, vom Unternehmer zu ersetzen. Dem Unternehmer steht über die Entscheidung des Betriebsrates das Recht der Beschwerde bei dem Bezirkswirtschaftsrat zu, doch wäre die vorläufige Durchführung der Beschlüsse des Betriebsrates durch die Beschwerde nicht behindert.“

So ist ausgesprochen, daß die Räte das ausschlaggebende Element der Betriebe bilden. Sie schalten die Funktionen des Kapitalisten aus und beschlagnahmen zuletzt die ganze Verwaltung. Die Betriebs- und Industrierräte übertragen diese Tendenz vom einzelnen Betrieb auf die ganze Industrie und führen sie hier organisch durch; sie beseitigen den Kapitalismus, jedoch noch nicht den Kapitalisten. Die Expropriation der Expropriateure ist das letzte Ergebnis und erst von der Zentralgewalt, dem Industrierrat des Landes, zu vollziehen.

Der Kampf, den wir führen, soll sofort einen wirtschaftlich-praktischen Nutzeffekt erbringen. Nicht nur darum handelt es sich, die Machtgrundlagen der Unternehmerposition zu zerstören, sondern gleichzeitig an ihre Stelle eine neue Organisation zu setzen. Die Sozialisierung ist nicht nur eine Machtfrage, sondern ebenso sehr und zugleich eine Organisationsfrage. Im Sinne der Revolution und um der wirtschaftlichen Not des Landes willen sind wir berechtigt, die kapitalistische Produktion so gründlich wie möglich zu desorganisieren. Und eben deswegen sind wir im Sinne der Revolution und um der wirtschaftlichen Not des Landes willen zugleich genötigt, Zug um Zug die kapitalistische Wirtschaft durch eine Organisation von höherer Produktivität zu ersetzen.

Wir haben nicht darnach zu fragen, ob die Betriebe für die Unternehmer rentabel bleiben. Eins ist klar: man kann einen Betrieb nicht rentabel gestalten nach kapitalistischen Gesichtspunkten, wenn man ihn sozialisieren will. Der gewaltigen Notlage unserer Wirtschaft läßt sich nur abhelfen durch Ersparnisse im Großen, im gesellschaftlichen Sinne. Nun sind Ersparnisse im gesellschaftlichen und im kapitalistischen Sinne zwei sehr verschiedene Dinge. Es kann eine notwendige Maßnahme eine gebotene Ersparnis im gesellschaftlichen Sinne sein und doch zugleich eine erhebliche Zerstörung von privatem Kapital darstellen. Denke man sich, daß zur Brotversorgung einer Stadt die zwölf größten Brotfabriken genügen, daß aber außer ihnen noch 400 bis 500 Klein- und Mittelbetriebe dem gleichen Zwecke dienen. Darin liegt eine Vergeudung von gesellschaftlicher Arbeitskraft, von Material, von Betriebsmitteln, eine Unwirtschaftlichkeit der Zuführung und Verteilung. Sie wiederholt sich in zahllosen Fällen auf allen möglichen Produktionsgebieten. Werden nun solche Betriebe beseitigt, so bedeutet dieses eine Aufhebung von privatem Unternehmerkapital, eine Zerstörung im Sinne der privatkapitalistischen Wirtschaft. Und doch ist die Durchführung solcher Maßnahmen, sind großzügige Ersparnisse dieser Art mit ihrer dadurch gebotenen Neuorganisation der Gesellschaft zu einer absoluten Notwendigkeit geworden. Nur noch nach solch großen Gesichtspunkten läßt sich die Wirtschaft gestalten. Es wäre ein Widerspruch in sich, sozialisieren zu wollen, indem man die kapitalistische Rentabilität der Privatunternehmung aufrecht erhält. Die sozialistische Rentabilität geht von anderen Voraussetzungen aus als die kapitalistische.

Das erste, woran eine sozialisierende Gesellschaft sparen muß, ist die Arbeitskraft. Zunächst, indem sie sie schont. Die Arbeitskraft ist das Grundelement aller Wirtschaft. Ohne Menschen keine Wirtschaft. Auch Deutschland hat im Weltkrieg ungeheure Verluste an Arbeitskraft und Arbeitsfertigkeit erlitten. In erster Linie wird die volle Durchführung der wirtschaftlichen Forderungen des zweiten Teils des Erfurter Programmes verlangt werden müssen. Merkwürdig genug, daß eben die, die uns die Durchführung der demokratischen Forderungen dieses Programmes stürmisch anpreisen, recht zurückhaltend sind in der Durchführung seiner wirtschaftlichen Forderungen. Das Verbot der Kinderarbeit und der Nachtarbeit, der Achtstundentag in vielen Produktionszweigen, die allseitige Gewährung einer wöchentlichen Ruhepause von mindestens 36 Stunden harren immer noch der Verwirklichung. Und doch gehören sie zu den wichtigsten und dringlichsten Maßnahmen einer sozialisierenden Wirtschaft, um die Arbeitskraft zu schonen und somit an ihr zu sparen.

Nicht minder wichtig ist die volle Ausnutzung der Betriebe. Notstandsarbeiten sind wichtig und notwendig. Wichtiger als sie ist die volle Ausnutzung der Betriebe. Um dahin zu gelangen ist der Arbeiterschutz eines der trefflichsten Mittel. Man führe ihn allerwege durch, man verkürze die Arbeitszeit man vermehre die Schichten und man wird die Arbeitsintensi-

tät beträchtlich steigern, und die Produktionsmittel in viel höherem Maße ausnutzen. Eben dahin wirkt eine Zusammenlegung der Betriebe. Es liegt die praktische Erfahrung vor, daß während des Krieges die Wirtschaft wesentlich durch Zusammenlegung aufrecht erhalten wurde. Beispielsweise sind die Betriebe der Baumwollindustrie von 1700 auf 70, die der Schuhwarenindustrie von 1400 auf 200, der Ölindustrie von 720 auf 15 zurückgegangen, die Zahl der Stühle in der Seidenindustrie ist von 45000 auf 2500 herabgemindert worden. Wollte man zum Vorteil von Mittel- und Kleinbetrieben diese Zusammenlegungen wieder rückgängig machen, so bedeutet dies eine Verwüstung von Arbeitsmitteln, eine Verschwendung der aller schlimmsten Art. Wie es schon während des Krieges geschah, bedingt auch die Sozialisierung die Zusammenlegung von Betrieben in großem Maßstabe.

Wir leiden Mangel an Produktionsmitteln. Da nun die ganze Produktion der Gesellschaft sich in zwei großen Gruppen bewegt, der Produktion von Konsumtionsmitteln und der Produktion von Produktionsmitteln, die Produktionsmittel sich aber nur aus dem Überschuß der Konsumtionsmittel vermehren lassen, wird eine sozialisierende Wirtschaft den Konsum von Materialien kontingentieren und konzentrieren, sie wird bestimmen müssen, welche Produktionszweige auf Zeit oder dauernd auszusetzen haben, um möglichst viel Rohstoffe und Arbeitsmittel zur Produktion von Produktionsmitteln freizubekommen. Dabei fällt wesentlich ins Gewicht die neue Verwendung jener durch Zusammenlegung oder Unterbrechung freigesetzter Betriebe. Die in ihnen steckenden Materialien können für andere Zwecke umgeformt werden und stellen Rohstoff für die Erzeugung neuer Produktionsmittel dar. Auch der Erzeugung von Ersatzstoffen kommt große Bedeutung zu. Auf diesem Gebiet vor allem wird man der Mitwirkung der Techniker nicht entraten können. Die Ersatzstoffe erfreuen sich ja im allgemeinen mit Recht keiner Beliebtheit. Welche Bedeutung aber doch diese Produktion besitzt, zeigt die Herstellung von künstlichem Stickstoff aus der Luft, die für die Folge eine Salpeterimport zu landwirtschaftlichen Zwecken überflüssig macht.

Eine Hauptaufgabe der sozialisierenden Wirtschaft ist die Wiederaufrichtung des Transportwesens, um die Verluste an Schiffsraum und rollendem Material auszugleichen, eine Aufgabe, die ja, wie der Bau von Maschinen die Werften besonders nahe berührt.

Ein überaus dringliches Kapitel gerade für die sozialisierende Wirtschaft bildet die Rohstoffnot. In den agrarischen Ländern, die uns bis zum Kriegsausbruch Rohstoffe lieferten, sind erhebliche industrielle Umwälzungen vor sich gegangen, sodaß auch ohne die Entwertung unserer Valuta und die Vernichtung unseres Kredits schon aus diesem Grunde der Bezug von Rohstoffen auf größere Schwierigkeiten stoßen würde als früher. An Kraftstoffen wird es uns ja wohl nicht fehlen; anders aber steht es um Erze und Metalle, die wir vorher bereits in großen Mengen aus dem Auslande einfuhrten. Wollen wir uns erhalten, so wird sich unsere Industrie in großem Umfange umstellen, zur Feinindustrie umbilden müssen. Denn um vom Auslande das Nötige einführen zu können, bedürfen wir des Exportes.

Die Erkenntnis von der Notwendigkeit, die gesamte Wirtschaft auf anderen Grundlagen umzuorganisieren, hat auch in den Kreisen des Bürgertums ihre Wortführer. Nur eine Mechanisierung der gesamten Produktion im großen Stile könne über die Schwierigkeiten der Lage hinwegheifen, sagt Rathenau in einer seiner Schriften. Wenn Deutschland jährlich zwei bis drei Milliarden für berauschende Getränke ausbebe, wenn es Hunderte von Millionen für Putz, Tand und Schaustellung opfere, wenn zehntausende fleißiger Männer in einer Großstadt hinter Ladentischen lauerten, wenn Hunderttausende jahraus, jahrein auf der Eisenbahn liegen, um den Konkurrenzkampf von Handelsgeschäften auszufechten, so handele es sich nicht um einen bloßen Verlust an Ersparnis, sondern um eine Mißleitung des gesamten Produktionsprozesses, durch die ungemessene Kräfte und Materialien vergeudet, Arbeitsmittel gesperrt, die Erzeugungskosten verteuert und äußere Wettbewerbskräfte verringert würden. In viel höherem Maße als bisher muß der Produktionsprozeß mechanisiert und spezialisiert werden. Die Spezialisierung, die im Einzelbetriebe durchgeführt ist, muß

übertragen werden auf die großen Gruppen der Industrie. Ersparnisse in ganz unausdenkbarem Maßstabe können hierdurch gemacht werden. Große Übelstände birgt die Tatsache in sich, daß die Standorte vieler Industrien den Bedingungen ihrer Produktion in völlig unzulänglichem Maße entsprechen, daß der Produktionsprozeß nicht nach wissenschaftlichen Gesichtspunkten geführt wird, daß keine einem wissenschaftlich geleiteten Arbeitsprozeß gemäße Typisierung und Normalisierung der Fabrikate besteht. Der bloße Kohlenverbrauch Deutschlands, meint Rathenau, könnte auf die Hälfte verringert werden, wenn alle Betriebe wissenschaftlich durchdrungen und geordnet und alle Kraftquellen erschlossen würden. Die Ersparnis würde aber weit in den Schatten gestellt werden durch den Gewinn an Arbeit, Material und Transport, durch die Steigerung der Leistungsfähigkeit und Umsatzmenge, wenn die Durchforschung und Reform sich zugleich auf Lage und Anlage, auf Einrichtung und Betrieb erstreckte. Die Erschließung aller Kraftquellen der Produktion in neuer Organisation ist die wichtigste und wesentlichste Aufgabe der Sozialisierung, wie sie auch freilich nur mittels der vollen politischen Gewalt unter Mitwirkung der Wissenschaft gelöst werden kann.

Nur so werden wir uns über die Kalamitäten der Zukunft hinwegfinden. Darum werden die großen Gesichtspunkte der Umwälzung das Leitmotiv der Politik und Praxis der Räte sein. Soll ihre Tätigkeit doch das Fundament für die Umwälzung legen und letzten Endes jene neue Organisation erschaffen.

Sozialisierung, das ist in jedem Produktionszweige ein Teil und ein Glied des großen Kampfes um die Macht und die Wirtschaft. Ein Kampf unter der vorwärtstreibenden, revolutionären Führung der Räte, die ausgebaut nach Werkstatt, Betrieb, Bezirk und Industrie, die Unternehmerfunktion nach der politischen, technischen und wirtschaftlichen Seite ausschalten, Leitung und Verwaltung der Betriebe mehr und mehr in die Hand nehmen, die Produktionsordnung der Fachgruppen der Industrie neu und vom Kapitalismus grundsätzlich verschieden gestalten.

Man weist hin auf die augenblicklich sinkende Produktivität der Arbeit in Rußland. Die Produktivität der Arbeit war hier ganz gewaltig gesunken geraume Zeit vor der Revolution. Sie sank, als die Arbeiterschaft, zermürbt durch den zerstörendsten aller Kriege und die Invasion, von der Verbindung mit den Rostoffgebieten der Ukraine, der Don- und Wolgagebiete abgeschnitten wurde und eine furchtbare Hungersnot über sie hereinbrach. Inzwischen aber ist, wie die Berichte der Sowjets festgestellt haben, eine stete Steigerung der Produktivität der Arbeit eingetreten und in einer Reihe von Zweigen, trotz der Verschlechterung und Abnutzung der Arbeitsmittel, ist die Produktivität vom Anfang des Jahres 1914 erreicht. Das russische Beispiel beweist nicht gegen, sondern für die soziale Umwälzung. In einer unlängst erschienenen Broschüre Lomows ist dies im einzelnen nachgewiesen. In Deutschland werden wir die Schwierigkeiten des Zwischenzustandes leichter und schneller überwinden vermöge der strafferen Organisation und der größeren Schulung der Arbeiterschaft.

Man behauptet nun, die Durchführung einer sozialistischen Neuordnung werde scheitern an dem Widerspruch der Entente; diese werde ein sozialistisches Deutschland nicht zulassen, so daß, wenn der Versuch unternommen würde, mit der Besetzung weiterer deutscher Gebiete zu rechnen sei. Tatsache ist ja, und wir befinden uns in einer Lage, daß wir in Bezug auf die Lebensmittelversorgung zur Zeit von der Entente völlig abhängig sind, nachdem die Regierung den Winter mit Verhandlungen ungenützt hat hingehen lassen. Die Entente kann ihre Heere am Rhein zusammenziehen und ihre Truppen marschieren lassen. Das sind allerdings Tatsachen, und die Möglichkeit ist nicht von der Hand zu weisen, daß die Entente zur Besetzung des Ruhrgebietes schreitet. Die Lage, in die damit die deutsche Arbeiterschaft kommen würde, wäre furchtbar und würde der Lage gleichen, in die Rußland kam nach der Abtrennung der Ukraine. Aber gerade die Besetzung der Ukraine trug am meisten zum endgültigen Siege der Revolution in Rußland bei; sie bewies ihre Lebensfähigkeit. Sie war der Hauptanlaß, daß die russische Revolution nach Deutschland übersprang. Marschieren die Ententeheere in das Ruhrgebiet,

diesen Brandherd der deutschen Revolution, ein, dann wird die Bourgeoisie ihrer Länder die gleichen Erfahrungen machen wie die deutsche Bourgeoisie mit der Besetzung der Ukraine. Die Revolution kommt dann in den westeuropäischen Ländern früher zum Ausbruch, als es ohnehin der Fall sein wird. Die Lage der deutschen Arbeiterklasse würde sich im Augenblick verschlimmern, um sich für alle Zukunft gewaltig zu verbessern. Und die Notwendigkeit, die Gesellschaft neu zu organisieren und den Sozialismus durchzuführen, würde erst recht zu einer zwingenden werden, und alle Welt wird dann begreifen, daß nur die sozialistische Neuorganisation unser Volk vor der völligen Zertrümmerung und dem Verkommen in der Anarchie retten und bewahren kann.

Der Sieg des sozialistischen Gedankens, die sozialistische Welt wird Wahrheit und Wirklichkeit und in nie geahntem Maße gilt in der Gegenwart das Dichterwort:

Das Alte stürzt, es ändert sich die Zeit
Und neues Leben blüht aus den Ruinen!

(Langanhaltender Beifall.)

Nach ausgiebiger Debatte stimmte die Versammlung einstimmig einer Entschließung zu, wonach es zur Durchführung des Sozialismus der politischen Herrschaft der Arbeiterklasse bedarf, deren Werkzeug die Arbeiterräte sind. Die Konferenz befürwortete die Bildung eines Industrierrats der Werften und beauftragte die Hamburger Kollegenschaft, die vorbereitenden Schritte unter Hinzuziehung von Vertretern der kaufmännischen und technischen Angestellten vorzunehmen.

